



SPD-Fraktion im  
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im  
Rat der Stadt Dortmund

**Drucksache Nr.:**  
**02665-05-E1**

An den  
Vorsitzenden des Rates der Stadt Dortmund

23.06.2005

### **Gemeins. Zusatz- /Ergänzungsantrag zum Tagesordnungspunkt**

Sitzungsart:	Stellungnahme	TOP-Nr.:
öffentlich		3.15
Gremium:		Beratungstermin:
Rat der Stadt Dortmund		30.06.2005

### **Tagesordnungspunkt**

Resolution: Mieterinteressen berücksichtigen

- *Dieser Ergänzungsantrag erfolgt als Ersatz für den wortgleichen Antrag mit der Drucksache-Nr. 02665-05. Er enthält auf der Seite 2 zu Punkt 3 einen Zusatz -*

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

1. Der Rat der Stadt Dortmund nimmt die neuesten Verkäufe von großen Wohnungsbeständen mit Besorgnis zur Kenntnis. Dortmund ist, wie das Ruhrgebiet in seiner Gesamtheit, aufgrund seiner industriellen Geschichte in besonderem Maße durch große Mietwohnbestände geprägt. Allein 15.000 Wohnungen des Viterra-Bestandes gehen in Dortmund an den neuen Eigentümer Annington. Die Mieterinnen und Mieter sind zu Recht besorgt, welche Konsequenzen dieser Verkauf für ihre Wohnsituation haben wird. Politik und Verwaltung haben gerade in den letzten Jahren auf sozialverträgliche Verkäufe hingewirkt. Die Dortmunder Wohnungspolitik genießt auch auf diesem Feld über die Grenzen der Stadt hinaus einen beispielhaften Ruf.

Deshalb ist es von höchster Wichtigkeit, dass der Eigentümerwechsel mit einem hohen Maß an sozialer Verantwortung gehandhabt wird, um eine Destabilisierung ganzer Wohnsiedlungen zu verhindern.

2. Aus diesem Grunde begrüßt der Rat, dass die Firma Viterra im Dialog mit Mietervertretungen und der Landespolitik Selbstverpflichtungen eingegangen ist, die dem Mieterschutz dienen. Der Rat erwartet, dass diese auch von der neuen Eigentümerin, der Firma Annington, übernommen werden.

Wie derartige Verpflichtungen aussehen können, haben die Erwerber der GAGFAH in ihrer „Sozialcharta“ demonstriert. Sie machen ihren Mietern konkrete und belastbare Zusagen, die in den Mietverträgen abgesichert werden. Dies betrifft die maximal möglichen Mieterhöhungen, den Ausschluss von Luxussanierungen und Kündigungen wegen



SPD-Fraktion im  
Rat der Stadt Dortmund



B90/DIE GRÜNEN im  
Rat der Stadt Dortmund

Eigenbedarfs bei Weiterveräußerungen sowie den Kündigungsschutz für ältere Mieterinnen und Mieter.

3. Der Rat erwartet, dass die Landesregierung und der Landtag in NRW wie bisher die Interessen der Mieterinnen und Mieter im Ruhrgebiet und in Dortmund in besonderer Weise berücksichtigen und auf die Einhaltung einer selbstverpflichtenden „Sozialcharta“ durch den neuen Eigentümer drängen. **Das gilt insbesondere hinsichtlich der in der Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP vereinbarten Zusammenlegung von Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes mit der LEG und der angekündigten Veräußerung der Wohnungen.**

4. Die wohnungspolitischen Instrumente auf Landesebene (§ 577 a BGB in Verbindung mit der Kündigungssperrfristverordnung vom 20.04.2004; § 32 Abs. 3 Wohnraumförderungsgesetz) sowie die Zweckentfremdungsverordnung vom 12.06.2001 müssen unbedingt erhalten bleiben.

Insbesondere appelliert der Rat an die neue Regierungskoalition in NRW, von Plänen Abstand zu nehmen, die Kündigungssperrfristverordnung zu streichen. Diese Verordnung schützt die Mieter nach Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen. Gerade in Anbetracht der Massenverkäufe in Dortmund ist die Verordnung unverzichtbarer Bestandteil des Mieterschutzes. Ihre Streichung wäre ein frontaler Angriff auf die Rechte der Mieter. Mieter in Dortmund wären nach der Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnung nur noch drei Jahre gegen Eigenbedarfskündigungen der Käufer geschützt. Das wäre nicht ausreichend, um selbstnutzungswillige Kaufinteressenten vom Kauf einer umgewandelten Wohnung abzuhalten. Massenhafte Mieterverdrängung wäre die unweigerliche Folge.

Mit freundlichen Grüßen

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Ernst Prüsse  
SPD-Ratsfraktion

gez.  
Daniela Schneckenburger  
Bündnis 90/Die Grünen im Rathaus

F. d. R.

F. d. R.

Dr. Andreas Paust  
SPD-Ratsfraktion

Petra Kesper  
Bündnis 90/Die Grünen im Rathaus